

Regulierung des Arbeitsmarktes. Die Hilfe wurde öffentlich organisiert, schon um das Heer der Armen zugunsten der öffentlichen Ordnung zu beherrschen, aber auch um die Löhne so niedrig zu halten, daß die wirtschaftlichen Ziele erreicht werden konnten. Im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus hing Armenhilfe von freiwilliger, privater Liebestätigkeit ab; erst allmählich übernahmen öffentliche Institutionen diese Funktion. Seit dem 18. Jahrhundert wurde das Hauptgewicht auf die Arbeitspflicht und den Abbau von Klassenspannungen gelegt. Die Ausdehnung des Pauperismus an sich war nie ein Anlaß zur Armenhilfe und mittelalterlich-frühneuzeitliche Regierungen und Stadtregimenter wollten Armut nicht beseitigen, sondern nur den „Sozialstand“ erhalten und die Produktion fördern. Erst der Sieg des Handelskapitalismus veranlaßte einen Umbau der alten „Caritas“. Allein das agrarkapitalistische England entfaltete eine fruchtbare neue Sozialpolitik. Auf dem Kontinent schuf erst die Ausweitung zentralisierter Produktion nach 1750 den Start für einen grundlegenden Umbau der Sozialpolitik in den zentralen Orten. Und England ging wieder voran mit dem Ausbau einer allgemeinen öffentlichen Hilfe beim Aufstieg des Industriekapitalismus. Nicht religiöse oder moralische Motive förderten diese Entwicklung der Armenhilfe, sondern der Zusammenklang von Caritas, Kontrolle und Arbeitsregulierung mit den Interessen von Arbeitgebern und Autoritätsträgern; Caritas aber galt den Kindern, Alten, Kranken, Schwachen; das Elend der Lohnarbeiter blieb unerkannt, oder gar demoralisiert. Das Bewußtsein der neuen Arbeiterklasse aber schärfte sich in dem Maße, in dem die Bourgeoisie ihr Wertsystem der Arbeiterklasse aufzwingen wollte. Man wollte die soziale Ungleichheit aufrecht erhalten.

Allein die skizzenhafte Andeutung der Ergebnisse dieses notwenigen Buches kann zeigen, wie sehr sich politische, wirtschaftliche, intellektuelle, moralische Geschichte bereichern und legitimieren wird, wenn sie diese Erkenntnisse in ihre Analysen und Deutungen einfügt. Man sieht, wie viel dem alten Geschichtsbild an „Wahrheit“ fehlt. Aber das soll kein Vorwurf sein.

München

Karl Bosl

*Heinrich August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.*

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1979, 376 S., kart. DM 68,—.

Der vorliegende Sammelband von Studien, Referaten und Vorträgen, der Hans Rosenberg zum 75. Geburtstag gewidmet ist, versteht sich selbst als Diskussionsbeitrag zu dem aktuellen Thema der von H. U. Wehler vor allem vertretenen These von der „deutschen Sonderentwicklung“ oder der nüchterner gefaßten Feststellung der „deutschen Abweichung vom Westen“. Soweit es sich hier — und das tut Winkler mit seinem Liberalismusbuch — um Feststellung historischer Tatbestände und belegte Analysen sowie wissenschaftliche Deutungen handelt, ist das vollkommen korrekt und muß vertreten werden; wenn aber Urteile bzw. Ver-

urteilung damit angestrebt werden — und sei es auch nur, um Politiker zu warnen oder auf andere Bahnen zu lenken —, ist das jedenfalls prekär, weil es sich um eine nicht belegbare, persönliche oder ideologische Meinung handelt. Dem anzuzeigenden Buch begegne ich mit Respekt und historischem Urteil und stelle fest, daß es eine auch für die deutsche Politik wichtige Frage untersucht, warum der von den deutschen bürgerlichen Liberalen getragene und vorbereitete Nationalstaat von Bismarck vor allem in die Hände der Konservativen Preußens und in Bayern z. B. der Nationalliberalen, die Konservative waren, gespielt worden ist, der deutsche Nationalstaat also von seinen Anfängen an nur konservativ-antiliberal regiert war, und der Staat die Wirtschaft Deutschlands ausschließlich organisierte. In Deutschland gab es im Gegensatz zu England und Frankreich und teilweise auch Italien, das um die Jahrhundertwende in Giolitti wenigstens einen liberalen Pragmatiker als Ministerpräsidenten und in Benedetto Croce einen, wenn nicht *den* repräsentativen liberalen Kulturphilosophen, -politiker und -theoretiker hatte, der dem 19. Jahrhundert die Etikette des Liberalismus aufdrückte. Ob die gleichen Mittelschichten, die bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts liberaldemokratisch dachten, die Massenbasis der „militanten, illiberalen und antidemokratischen Bewegung des Nationalsozialismus waren, bedarf nach meiner Meinung noch genauere soziostruktureller Untersuchung. Daß das Kaiserreich der Republik von Weimar Hypotheken hinterließ, ist darum keine Frage, weil die Revolution von 1918 nur teilweise wirkte, zwar die postfeudale Führungsschicht partiell beseitigte, sie aber sofort wieder benötigte und ihr die Möglichkeit gab, sich und ihre Stellung in „Parteien“ zu rekonstruieren und zu festigen. Die historische Frage der Kontinuität und Diskontinuität stellt sich hier gleichermaßen und die Weimarer Republik hat das Dilemma von Adaption und Distanz teils wegen der Hypotheken, teils wegen des Fehlens einer starken Integrationskraft seiner eigenen großen Parteien nicht gelöst. Wenn man nicht die Agententheorie der Faschismuskritik vertritt, bin ich sehr wohl damit einverstanden, daß man differenzierend die Frage nach den Machteliten, auch den Unternehmern, stellt, aber zugleich nüchtern die Frage beantwortet, warum Hitler gerade das Unternehmertum in seiner nivellierenden Gesellschaftspolitik geschont hat. Doch scheint, es sei das Jahr 1945 soziostrukturell keine allzugroße Markscheide gewesen, insofern als die Initiativen Hitlers und die Hypotheken des Dritten Reiches in zunehmendem Maße auch in der zweiten deutschen Republik weiterwirkten. Daß die Wirklichkeit die Wahrheit der Geschichte ist, dürfte unbestritten sein; darum kann sich die auch von Winkler aufgeworfene Frage nach dem Ausmaß der Wirklichkeit in der Geschichte, die auch als ideologisches Konstrukt angesehen wird, nur um die Suche nach den hemmenden Elementen der Wirklichkeitserkenntnis in der Geschichte handeln. Und die Aufstellung „normativer Maßstäbe“ (nicht sachlicher Kategorien) für die kritisch-vergleichende Behandlung des Verhältnisses von Liberalismus und Antiliberalismus macht mich bedenklich in einem historischen Urteil über dieses zweifellos hochinteressante und auch erhellende Buch. Die Skepsis Winklers gegen die historische Aussagekraft der von Hilferding aufgestellten Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ ist zu beachten. Ebenso verdient es beim Zeithistoriker Aufmerksamkeit, daß der linke wie der rechte Illiberalismus auch in der Bundesrepublik politische, nicht nur histo-

rische Fragen (für ein Urteil über die Weimarer Republik) aufwerfen. Der Sammelband ruft die historischen Menschen zu engagierter Lektüre und Kritik auf.

Als politische Bewegung nach einer Revolution lehnte der Liberalismus jede Form des absoluten Staates wie auch jede Volksherrschaft auf der Basis der Volkssouveränität ab. Er fordert institutionelle Sicherungen gegen die individuellen und gesellschaftlichen Gefährdungen durch staatliche Machtkonzentration; er kämpft gegen politische Allmacht. Seine Heimat ist England (17. Jh.), seine Ziele umfassen „life liberty, property“; die Voraussetzung war die Glorious Revolution von 1688. Das Problem der Machtkontrolle durch die Gesellschaft und im 20. Jahrhundert durch eine demokratisch legitimierte Staatsmacht ist entscheidend für die Zukunft der liberalen Demokratie, deren Stabilität durch ein ständiges Wirtschaftswachstum und die feste Einsicht in die Kosten einer Diktatur nicht gesichert erscheint. Wenn Winkler meint, daß die „verspätete Nation“ das Dilemma des deutschen Liberalismus gewesen sei, dann stimme ich dem nicht zu, daß die Nationalstaatsbildung in Deutschland und Italien verspätet erfolgt sei; sie konnte beim Stande der politischen und gesellschaftlichen Struktur des Alten Reiches und des Deutschen Bundes nicht früher erfolgen, da die Zeit dafür nicht reif und der Nationalstaat außerdem nicht fertig entwickelt war; es gab sogar im Deutschen Reich polnische Minderheiten und die sozialen und kirchlich-religiösen Probleme waren ungelöst. Das Bürgertum war schon wegen seiner territorialen Aufsplitterung kaum ein „allgemeiner Stand“, es prägte die geistig-kulturelle und die wirtschaftliche Szene, aber nicht die politische; letzteres übernahm der historische Staat Preußen. Der Übergang vom Manchester-Liberalismus zum sogenannten „Organisierten Kapitalismus“ spiegelte sich in einer Europäischen Verwandlung der nationalen Parole von bürgerlicher Emanzipation zur Sammlung gegen Linksliberalismus und Sozialismus. Dem integralen deutschen Nationalismus stand kein traditionelles Korrektiv zur Seite; Deutschland hatte keine liberale Ära. In Westeuropa war das parlamentarische System fest begründet, Deutschland unterschied sich davon dadurch, daß sein Nationalstaat trotz der fortgeschrittensten Organisation seines Reichstages letztlich ein Obrigkeitsstaat blieb, in dem sich die Gesellschaft von der politischen Verantwortung distanzierte. Regierung und Parlament arbeiteten nicht gut zusammen. Ich gebe zu, daß Deutschlands Abweichen vom säkularen Trend der Demokratisierung wesentlich zu den Katastrophen des 20. Jahrhunderts beitrug, aber für die elementare oder einzige Ursache für den Ausgang der beiden Weltkriege und die nationalsozialistische Katastrophe halte ich es nicht. Es gibt in Europa ein Kulturgefälle mit historischen Phasenverschiebungen, die jeder Nationalist und Ideologe für Schmach und Schande hält, und doch ist es eine Tatsache. Tatsache ist allerdings auch, daß das liberale Bürgertum die Herrschaftsordnung des nationalen Machtstaates anerkannte, daß sein „Liberalismus“ fast ausschließlich kulturkämpferisch war, und der Linksliberalismus imperialistisch wurde, der Liberalismus im ganzen aber politisch machtlos war.

Der kulturell oder politisch legitimierte Nationalismus, der auch soziale Funktionen erfüllte, wahrte darin Kontinuität, daß er Gesellschaft und Nation gleichsetzte und der Loyalität gegen die Nation absoluten Vorrang einräumte. Das integrative Tabu des Nationalismus hat stärkere Symbolkraft als die Klasse und der Sozialis-

mus, er ist eine Massenideologie, die zur materiellen Gewalt sich verdichtet, Die Entstehung des europäischen Nationalismus fiel in die Zeit vor der Industriellen Revolution. Seine Wandlung von links nach rechts, von liberal zu protektionistisch erfolgte darnach. Darum muß man den Nationalismus mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Zusammenhang bringen und das Bürgertum als Träger der Industriellen Revolution auch verbinden mit der Entstehung des Nationalismus, der sich anfänglich als Ideologie des gesellschaftlichen Alleinvertretungsanspruchs des Dritten Standes gegen die alten Schichten verstand, und der eine Reaktion der wirtschaftlichen Führungsgruppen gegen den Vorsprung der anderen Länder war (Rostow). So wurde der reaktionäre Nationalismus in Deutschland die Antwort auf die erste große Krise nach der Industriellen Revolution. Der nationale Obrigkeitsstaat erzeugte durch sein protektionistisches Rückversicherungssystem beim Mittelstand eine staatsreue und staatserhaltende Mentalität, die aber so nur wirkte, solange der Staat mittelstandserhaltend war. Die politische Entwicklung des gewerblichen Mittelstandes steht somit in der Kontinuität der neueren deutschen Geschichte und zeugt für dessen politisch-gesellschaftlichen Rückstand in seinem Verhältnis zum Faschismus. Winkler korrigiert die gängige Meinung über die soziale Basis der nationalsozialistischen Politik und über das Verhältnis von Kleingewerbe (Handwerk, Handel) und Großindustrie im Dritten Reich. Trotz größeren Handlungsspielraums der Großindustrie wurden die letzten politischen Entscheidungen genauso ohne sie wie ohne das Kleingewerbe getroffen. Das utopische „Lebensraumprogramm“ war aus der archaischen Angst vor der Modernität geboren, die sich in der Weltwirtschaftskrise bestätigt fand, weil die erst spät durchgreifende Industrialisierung weder die Herrschaftsordnung noch das politische Bewußtsein nachgezogen hatte. Man denkt auch heute wieder daran, daß die unbewältigte Industrialisierung, der Fortschritt, das Trauma des Mittelstandes wie der Nationalsozialisten war. In der Bundesrepublik hat sich die wirtschaftliche Lage des gewerblichen Mittelstandes zwar gefestigt, sein politisches Gewicht aber stark abgenommen, es haben auch seine traditionellen Normen auf religiösem, sexuellem, kulturellem Gebiet an gesellschaftlicher Verbindlichkeit eingebüßt. Nicht die nationalsozialistische Herrschaft, erst ihr totaler Zusammenbruch 1945 schuf die strukturellen Voraussetzungen für die bereinigte, „reliktfreie“ Gesellschaft des westlichen Deutschlands.

Der Protektionismus des Obrigkeitsstaates verhinderte einen demokratischen Pluralismus. Der korporative Antiliberalismus und Antiparlamentarismus waren einem politischen Kulturniveau gemäß, in dem die Industrielle Revolution die ständischen und absolutistischen Strukturen nicht abzubauen vermochte. Die Eigenart des deutschen Verbandswesens war für die Entfaltung der Demokratie in Deutschland ein belastender Hemmschuh: Großindustrie und Mittelstand gerieten in Opposition zur parlamentarischen Repräsentation und in das Vorfeld faschistischer Bewegungen; sie wurden zu Steigbügelhaltern der Führer-Diktatur, weil sie glaubten, nur so die auf Privateigentum beruhende Gesellschaftsordnung retten zu können, und fürchteten, daß eine Betriebsautokratie in einer politischen Demokratie nicht möglich sei. „Die Demokratisierung der Wirtschaft gewinnt aus der Geschichte somit ihre entscheidende politische Begründung“ (Winkler). Wie andere

faschistische Bewegungen konnte der Nationalsozialismus nur im Bunde mit den traditionellen Rechten an die Macht kommen; sie beide sahen ihren Feind in der politischen Linken. Durch seine Wendung gegen das Soziale schlechthin wurde der Nationalismus zum rechtsten Extremismus der Geschichte. In den Vereinigten Staaten — zum Vergleich — haben eine gesellschaftliche und eine moralische Krise ebenso wie die Weltwirtschaftskrise das traditionelle System angeschlagen, den nationalen Konsens erschüttert, die Entfremdung gegenüber den politischen Institutionen und das Unbehagen an den etablierten Mächten genährt. Ängstliche Intoleranz und militante Beharrung stoßen aber noch immer auf liberale Hemmschuhe diktatorischer Macht. Doch stehen große Reformprobleme wie die Behebung der „urban crisis“ an. In der New Deal-Epoche hat Amerika Reformkraft bewiesen.

In dem wichtigen Schlußteil des Sammelbandes, der Themen der Theorie und Geschichte behandelt, ist der Satz Lorenz von Steins vermerkt, den er aus einer „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich“ ableitete, daß der Krieg nur dann dauerhaft gebannt werden kann, wenn es kein innergesellschaftliches Interesse mehr an internationaler Spannung gibt. In seiner Kritik an Hilferdings Theorie des organisierten Kapitalismus stellt Winkler fest, daß gesellschaftliche Theorien, die die Rolle vorkapitalistischer Elemente nicht bedenken, der Ergänzung bedürfen, wenn sie für den Vergleich historischer Strukturen und Abläufe herangezogen werden. Hilferdings Theorie reicht zu einem historisch fundierten Vergleich mit Gesellschaft und Wirtschaft der Gegenwart nicht aus. Der mit einem reichen Anmerkungsapparat ausgestattete, problemreiche und höchst anregende Sammelband ist eine wichtige politische Gesellschaftsgeschichte des 19./20. Jahrhunderts am Modellfall des Liberalismus und Antiliberalismus. Er bietet das, was Winkler in einem Essay über den Wirklichkeits- oder Erkenntniswert der Geschichte fordert, Ortsbestimmung der Gegenwart durch die kritische Analyse der Vergangenheit. Das ist die gesellschaftliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft.

München

Karl Bosl

*Emil Lederer, Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910—1940. Ausgewählte Aufsätze mit einem Beitrag von Hans Speier und einer Bibliographie von Bernd Uhlmannsiek hrsg. von Jürgen Kocka.*

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1979, 310 S., kart. DM 42,—.

Auf das Werk und die hier angezeigte, durch Jürgen Kocka herausgegebene Sammlung von Studien des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Emil Lederer (1882—1939) ist in dieser Zeitschrift aus zwei Gründen aufmerksam zu machen. Er ist ein in Pilsen geborener deutscher Jude, der vornehmlich in Wien studierte, dann in Heidelberg und Berlin lehrte und 1933 nach New York emigrierte. Sodann ist das Oeuvre dieses demokratischen Sozialisten ein wichtiger Beitrag zur aktuellen zeitgeschichtlichen Diskussion über Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft und ihre Zusammenhänge in den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Seine